

economie  
feministe

Studie

#nextGenerationEU

# Leaves Women Behind

Elisabeth Klatzer und  
Azzura Rinaldi

Eine Zusammenfassung  
von Christine Rudolf



## Impressum

### **Herausgeberin**

Economiefeministe

Postfach

3001 Bern

[plattform@economiefeministe.ch](mailto:plattform@economiefeministe.ch)

[www.economiefeministe.ch](http://www.economiefeministe.ch)

### **Autorinnen**

Elisabeth Klatzer, Azzura Rinaldi

### **Zusammenfassung**

Christine Rudolf

# Zusammenfassung

## Autorinnen

**Elisabeth Klatzer:** Studium an der Wirtschaftsuniversität Wien und an der Harvard University. Feministische Ökonomin, Forscherin-Aktivistin, Arbeitsschwerpunkte: geschlechtergerechte Budget- und Wirtschaftspolitik, demokratische Transformation des Wirtschaftssystems. Mitinitiatorin des European Gender Budgeting Network und des österreichischen Netzwerkes Femme Fiscale, das kürzlich mit «Mehr für Care!» eine Organisierungskampagne für geschlechtergerechte Wege aus der Corona-Krise entwickelt hat.

**Azzura Rinaldi:** Professur für Economics of Emerging Countries an der Unitelma Sapienza University in Rom, Italien. Arbeitsschwerpunkte: Entwicklungsökonomie und internationale Kooperationen sowie Mitarbeit in vielen nationalen und internationalen Projekten, Entwicklungszusammenarbeit, Mikrokreditwesen und Schwellenländer.

## Zusammenfassung

**Christine Rudolf:** Promotion am Otto-Suhr-Institut an der FU Berlin zu Gender Budgeting in deutschen Bundesländern. Ehemalige Landtagsabgeordnete, Lehrbeauftragte an verschiedenen Hochschulen, geschäftsführende Vorständin der Genossenschaft Schokofabrik eG. Themenschwerpunkte: geschlechtergerechte Haushaltspolitik, gerechte Steuerpolitik und Makroökonomische Feministische Theorie.

Die Studie «#nextGenerationEU. Leaves Women Behind» wurde von der EU-Abgeordneten Alexandra Geese, im Rahmen ihrer Initiative «Half of it», in Auftrag gegeben. Elisabeth Klatzer und Prof. Azzurra Rinaldi haben sie im Juni 2020 erstellt.

Sie bezieht sich auf das Corona Stimulus Programm der EU «Next Generation EU», das im Mai 2020 verabschiedet wurde. Mit 750 Milliarden Euro hat dieses Programm in zweierlei Hinsicht Massstäbe gesetzt. In Europa wurde noch nie so viel Geld für das gemeinsame Wirtschaften ausgeben und zum ersten Mal wurden durch die Mitgliedstaaten gemeinsame Schulden aufgenommen.

Ziele des Programms der EU sind die Bekämpfung der sozialen und ökonomischen Verwerfungen der Covid-Krise. Die Themen, die für die Erreichung dieser Ziele herausgegriffen wurden, sind Digitalisierung und Green Economy. Klatzer und Rinaldi hatten den Auftrag, das Programm auf den Einsatz der Mittel in Hinblick auf Gleichstellungsmassnahmen zu untersuchen.

Ihre Ergebnisse sind ernüchternd: Frauen kommen als Zielgruppe nicht vor. Obwohl der Dienstleistungssektor mit einem hohen Beschäftigungsanteil

von Frauen überproportional von der Krise betroffen ist, liefert «Next Generation Eu» alte Antwortmuster: die Fördermittel fließen in die Bauwirtschaft, das Transportwesen und in Infrastrukturmassnahmen, ergo in klassische männliche Beschäftigungsfelder, die nicht direkt von der Krise betroffen sind. Normalerweise gibt es bei EU-Massnahmen innerhalb der Folgenabschätzung einen Gleichstellungsscheck. Dieser wurde für «Next Generation EU» nicht durchgeführt, mit dem Argument, es würde zu lange dauern.

## **Die vier methodischen Schritte der Studie**

- 1. Überprüfung des EU-Rechtsrahmens über die Gleichstellungsverpflichtungen der EU-Organe und der Europäischen Union insgesamt.**
- 2. Überblick über die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und des Lockdowns auf die soziale und wirtschaftliche Lage von Frauen und Männern und deren Auswirkungen auf die Geschlechtergleichstellung.**
- 3. Überprüfung, wie Gleichstellungsfragen im Programm behandelt werden, und Bewertung der potenziellen geschlechtsspezifischen Auswirkungen der verschiedenen Instrumente des Programms.**
- 4. Entwicklung von Empfehlungen, um den Weg für positive Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter für den EU-Aktionsplan zu ebnen und die Umsetzung in den Mitgliedstaaten zu beeinflussen.**

Zunächst wurden Gleichstellungsdimensionen aus intersektionaler Sicht ausgewählt. Dabei spielten Sorge- und unbezahlte Arbeit, genderbasierte Gewalt, sexuelle und reproduktive Rechte sowie soziale Situation und Schutz

eine Rolle, aber auch, ob Gleichstellung bei der Entscheidung der Regierung einbezogen wurde bis hin zu der Frage, ob es zielgerichtete Aktion und Berücksichtigung von Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting in Planung, Implementation und Validierung gab.

Eingeschränkt wurde die Studie durch die Zeitknappheit und die verfügbaren statistischen Daten.

## Wesentliche Aussagen

- Der Sektor der unbezahlten Care-Arbeit wird als Puffer im Lockdown benutzt, vor allem bei Kinderbetreuung und Pflege.
- Frauen tragen ein grösseres Risiko, ihre bezahlte Arbeit zu verlieren und sind stärker von Einkommensverlusten betroffen, weil sie überproportional oft im Dienstleistungssektor arbeiten.
- Die aufgrund von Kurzarbeits-Entgelt bisher noch nicht angestiegene Arbeitslosenquote spiegelt nicht die Wirklichkeit auf dem Arbeitsmarkt wieder. Es fielen sogar Jobs im Care-Sektor aus.
- Der Anstieg der weiblichen «Inaktivitätsrate» durch Corona war in den Altersgruppen 35-49 (+ 10,4 %) und 25-34 Jahre (+ 8,8 %) stärker ausgeprägt; Lebensphasen, in denen sich viele Frauen auch um Kinder zu kümmern haben. In Deutschland reduzierten 27 % der Mütter ihre Arbeitszeit, um ihre Kinder zu betreuen, gegenüber 16 % der Väter (Kohlrusch / Zucco 2020, S. 9).
- Vor allem Eltern mit kleinen Kindern sind europaweit von Work-Life-Konflikten betroffen: Reduktion der Arbeitszeit zugunsten der Kinderbetreuung während Coronazeiten: Frauen 24 %, Männer 13 %.
- Nach einer OECD-Studie von 2020 arbeiten Frauen 45 % bezahlt und Männer 67 %. 80 % der bezahlten Sorgearbeit in der EU wird informell geleistet. 75 % davon wird von Frauen geleistet, von denen viele einen Migrationshintergrund haben.
- Auch vor der Krise war geschlechterbasierte Gewalt weit verbreitet. 33 % der über 15-jährigen Frauen waren damit konfrontiert, 55 % haben Erfahrung mit sexueller Belästigung. Diese Problematik wurde durch die Krise verstärkt. In Frankreich stieg die häusliche Gewalt um 32 %, in Litauen um 20 % und in Zypern um 30 %.

- Frauen tragen laut dem Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) ein grösseres Armutsrisiko: 23,3 % gegenüber 21,6 % bei Männern innerhalb der EU. Während Corona tragen vor allem alleinerziehende ein noch grösseres Risiko.

## Warum Geschlechtergleichheit in der Krisenbewältigung im Mittelpunkt stehen muss

1. Investitionen in die Care-Infrastruktur haben höhere Stimulus-Effekte (Jerome de Henau, Susan Himmelweit 2020): Wenn 2 % des BIP in Deutschland in den Care-Bereich fließt, ist der Jobeffekt um 6-mal höher, als wenn derselbe Betrag in Männerdomänen investiert wird. Dieses Prinzip gilt auch für andere EU-Länder.
2. Makroökonomische Gewinne aus der Gleichstellung der Geschlechter: Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen EIGE hat errechnet, dass sich die Kosten für den Verlust von Arbeitsplätzen, bedingt durch die unbezahlte Betreuungsverantwortung von Frauen, für die EU auf etwa 370 Milliarden Euro pro Jahr belaufen. Würde eine effektive Gleichstellungspolitik von Seiten der EU umgesetzt, wären dies Investitionen in eine wirksame, umfassende Gleichstellungsstrategie und als strategische Investition zu betrachten, da die Hälfte des 750 Milliarden Euro schweren Konjunkturinstruments jedes Jahr dauerhaft in Anspruch genommen werden könnte.
3. Aufbau von Resilienz durch Geschlechtergleichstellung.

## Wichtigste Ergebnisse und Empfehlungen

Das Corona Stimulus Programm der EU «Next Generation EU» ist geschlechterblind und verstärkt dadurch Ungleichheiten, indem es mit seinen Stimuli männerdominierte Sektoren unterstützt. Die Studie «#nextGenerationEU. Leaves Women Behind» empfiehlt deshalb folgende Massnahmen:

- Verlagerung der Stimuli auf Investitionen in Sektoren mit hoher Beschäftigungsquote.
- Vor allem: Investitionen *in die* oder Finanzierung *der* Pflege.
- Einführung von Ex-ante und Ex-post-Genderfolgenabschätzung.
- Verbindliche Gender- und Gleichstellungspläne in allen nationalen Konjunkturprogrammen sollten deshalb Voraussetzung für den Erhalt von Mitteln aus dem Programm «Next Generation EU» sein.
- Verpflichtung aller betroffenen Gremien, Gleichstellungsexpert\*innen zu konsultieren.
- Aufstockung der Mittel für das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen EIGE.
- Aufbau einer Pflegewirtschaft, das heisst, eines Gesellschaftsmodells, das Pflege in den Mittelpunkt stellt, mit verbindlichen Zielen zur Gleichstellung der Geschlechter.
- Annahme eines doppelten Ansatzes, bei welchem Geschlecht als Kategorie in allen EU-Programmen und Instrumenten mitgedacht werden muss.
- Gender-Budgeting und Stärkung von Unterstützungsnetzwerken.
- Angemessene zivilgesellschaftliche Beteiligung.
- Spezifische Transparenzmechanismen für die Mittelverfolgung in der EU.